

BERICHT UND ANTRAG

DER REGIERUNG

AN DEN

LANDTAG DES FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

BETREFFEND

DAS ÜBEREINKOMMEN ÜBER DIE BETEILIGUNG DER REPUBLIK

KROATIEN AM EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSRAUM UND DAS

GESETZ BETREFFEND DIE VORLÄUFIGE ANWENDUNG DES

ÜBEREINKOMMENS

<i>Behandlung im Landtag</i>	
	<i>Datum</i>
1. Lesung	
2. Lesung	
Schlussabstimmung	

Nr. 6/2014

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Zusammenfassung	5
Zuständiges Ministerium.....	7
Betroffene Amtsstellen	7
 I. BERICHT DER REGIERUNG	 8
1. Anlass und Ausgangslage.....	8
1.1 Verhandlungsbeginn	12
1.2 Verhandlungspositionen	13
1.3 Verhandlungsverlauf	15
2. Schwerpunkte des Abkommens	17
2.1 Form des Abkommens und weitere Bestimmungen	17
2.2 Verhandlungsergebnisse	19
2.2.1 Finanzbeiträge.....	19
2.2.2 Lösungen im Bereich Fisch / Meeresprodukte	21
2.2.3 Landwirtschaftsbereich.....	21
2.2.4 Personenverkehr	22
2.3 Ergänzungspaket	26
2.4 Politische Bewertung	26
2.4.1 Allgemeine Bewertung.....	26
2.4.2 Bewertung der finanziellen Auswirkungen.....	27
2.4.3 Bewertung der Lösung zum Personenverkehr.....	28
3. Verfassungsmässigkeit / Rechtliches.....	29
3.1 Gesetz betreffend die vorläufige Anwendung des Übereinkommens über die Beteiligung der Republik Kroatien am Europäischen Wirtschaftsraum.....	29
3.2 Zweck und Inhalt der Gesetzesvorlage	30
4. Personelle, finanzielle, organisatorische und räumliche Auswirkungen.....	31
4.1 Personelle Auswirkungen.....	31
4.2 Finanzielle Auswirkungen.....	31
4.3 Organisatorische und räumliche Auswirkungen	32
 II. ANTRAG DER REGIERUNG	 33

III. REGIERUNGSVORLAGE	35
1. Finanzbeschluss	35
2. Gesetz betreffend die vorläufige Anwendung	36

Beilage 1: Übereinkommen über die Beteiligung der Republik Kroatien am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)

Beilage 2: Anhänge A und B zum Übereinkommen

Beilage 3: Schlussakte zum Übereinkommen über die Beteiligung der Republik Kroatien am Europäischen Wirtschaftsraum

ZUSAMMENFASSUNG

Am 1. Juli 2013 wurde die Europäische Union (EU) und damit ihr Binnenmarkt um die Republik Kroatien erweitert. Zur Gewährleistung der Homogenität des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) mit den entsprechenden Binnenmarktbestimmungen der Europäischen Union (EU) ist eine (parallele) Erweiterung des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum vom 2. Mai 1992 (EWRA) um dieses neue EU-Mitglied erforderlich. Artikel 128 EWRA sieht dies ausdrücklich vor.

Die Verhandlungen zum Übereinkommen über die Beteiligung der Republik Kroatien am EWR wurden unter liechtensteinischem EWR/EFTA-Vorsitz formell im März 2013 eröffnet, dauerten wegen norwegischen Positionen zum Finanzierungsmechanismus und isländischen Forderungen im Fischereibereich jedoch länger als ursprünglich erwartet. Die erforderlichen Abkommenstexte konnten erst am 20. Dezember 2013 von den Verhandlungsleitern paraphiert werden. Die Resultate in den verschiedenen Verhandlungsbereichen (Finanzbeiträge der EWR/EFTA-Staaten, Fisch/Meeresprodukte, Landwirtschaft und Personenverkehr) berücksichtigen die liechtensteinischen Interessen. Im Bereich Personenverkehr ist es Liechtenstein weiterhin gestattet, den Zuzug von EWR-Staatsangehörigen nach Liechtenstein im Sinne der bestehenden Quotenregelung zu begrenzen. In den Verhandlungen konnte ausserdem erreicht werden, dass die Verlängerung der Personenverkehrslösung zusätzlich durch eine in der Schlussakte aufgeführte gemeinsame Erklärung „vorgespurt“ wurde.

Finanzielle Konsequenzen ergeben sich für Liechtenstein ausschliesslich aus der Beteiligung an den Finanzbeiträgen der EWR/EFTA-Staaten. Für die verbleibende Laufzeit des EWR-Finanzierungsmechanismus, also bis zum 30. April 2014, sollen fünf Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Da das Geld für den Zeitraum ab EU-Beitritt Kroatiens gesprochen wurde (1. Juli 2013), sind zehn Monate umfasst, was umgerechnet einem prozentualen Anteil für Kroatien am EWR-Finanzierungsmechanismus von 3.03 % entspricht. Die für Liechtenstein anfallende Beteiligung an den Kosten richtet sich nach dem EFTA-internen Verteilschlüssel. Der Anteil Liechtensteins im Jahr 2013 belief sich auf 1.23 %, sodass daraus eine neue Finanzverpflichtung für den Zeitraum 1. Juli 2013 – 30. April 2014 von 62'000 Euro resultiert. Bei einem angenommenen Wechselkurs von 1.3 entspricht

dies 80'600 Franken. Die Regierung beantragt daher die Genehmigung eines entsprechenden Finanzbeschlusses.

Um Kroatien überhaupt zu ermöglichen, in den Genuss der vereinbarten Gelder im Rahmen des bestehenden Finanzierungsmechanismus (2009-2014) zu kommen, ist zudem vorzusehen, dass das EWR-Erweiterungsabkommen spätestens in der zweiten Märzhälfte 2014 unterzeichnet und gleich danach auch provisorisch angewendet werden kann. Im Unterschied zur Situation in den meisten anderen Vertragsparteien des EWRA ist die Erklärung zur provisorischen Anwendung eines internationalen Vertrags, welcher der Ratifikation und vorher der Zustimmung des Landtags unter Einschluss eines möglichen Referendums bedarf, in der liechtensteinischen Verfassung nicht vorgesehen. Daher soll die Regierung durch ein spezielles Gesetz ermächtigt werden, nach einer Zustimmung des Landtags zum Übereinkommen über die Beteiligung der Republik Kroatien am EWR die provisorische Anwendung des Übereinkommens noch während der Referendumsfrist zu genehmigen. Das Gesetz soll für dringlich erklärt werden, weil es dem Landtag in derselben Sitzung wie das Übereinkommen unterbreitet wird. Die provisorische Anwendung des Übereinkommens soll insofern beschränkt sein, als sie nur so lange Gültigkeit haben soll, bis das Übereinkommen entweder ratifiziert ist und damit das innerstaatliche Zustimmungsverfahren abgeschlossen oder die Genehmigung zur Ratifikation gemäss Verfassung abgelehnt worden ist. Sollte es sich wider Erwarten abzeichnen, dass ein Referendum gegen das Übereinkommen ergriffen wird, könnte die Regierung von der Erklärung über die provisorische Anwendung rechtzeitig absehen.

Die Regierung bewertet die Erweiterung der EU und des EWR um die Republik Kroatien als positiv. Deren Aufnahme trägt weiter zur Stabilität Gesamteuropas bei. Der Beitritt Kroatiens stellt darüber hinaus ein wichtiges Signal an andere Staaten Südosteuropas dar, dass bei entsprechendem Reformwillen und einer Annäherung an europäische Grundwerte ein EU-Beitritt möglich ist. Für Liechtenstein bringt die Aufnahme Kroatiens in den EWR insbesondere in aussenwirtschaftlicher Sicht Verbesserungen mit sich, da die Handelsbedingungen im EWR generell noch liberaler gestaltet sind als im EFTA-Freihandelsabkommen mit Kroatien, das mit dem Beitritt Kroatiens zur EU ausser Kraft getreten ist.

ZUSTÄNDIGES MINISTERIUM

Ministerium für Äusseres, Bildung und Kultur

Ministerium für Präsidiales und Finanzen

Ministerium für Inneres, Justiz und Wirtschaft

BETROFFENE AMTSSTELLEN

Mission des Fürstentums Liechtenstein bei der Europäischen Union in Brüssel

Amt für Auswärtige Angelegenheiten

Stabsstelle EWR

Ausländer- und Passamt

Vaduz, 28. Januar 2014

P

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,
Sehr geehrte Frauen und Herren Abgeordnete

Die Regierung gestattet sich, dem Hohen Landtag nachstehenden Bericht und Antrag betreffend das Übereinkommen über die Beteiligung der Republik Kroatien am Europäischen Wirtschaftsraum und das Gesetz betreffend die vorläufige Anwendung des Übereinkommens zu unterbreiten.

I. BERICHT DER REGIERUNG

1. ANLASS UND AUSGANGSLAGE

Am 1. Juli 2013 wurde die Europäische Union (EU) und damit ihr Binnenmarkt um die Republik Kroatien erweitert. Zur Gewährleistung der Homogenität des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) mit den entsprechenden Binnenmarktbestimmungen der Europäischen Union (EU) ist eine (parallele) Erweiterung des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum vom 2. Mai 1992 (EWRA) um dieses neue EU-Mitglied erforderlich.

Gemäss Artikel 1 des EWRA ist dessen Ziel:

„ ... eine beständige und ausgewogene Stärkung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Vertragsparteien unter gleichen Wettbewerbsbedingungen und die Einhaltung gleicher Regeln zu fördern, um einen homogenen Europäischen Wirtschaftsraum zu schaffen.“

Diese Homogenität des EWR, die eine Anpassung der nationalen Regeln der drei EFTA-Staaten an die Regeln des EU-Binnenmarktes bedingt, um Letzteren auf die Märkte der drei EFTA-Staaten auszudehnen, verlangt andererseits, dass sämtliche neuen Mitglieder der EU und damit des EU-Binnenmarktes auch am EWR teilnehmen. Ein entsprechendes Beitrittsverfahren ist in Artikel 128 EWRA geregelt.

Seit ihrer Gründung 1957 hat sich die EU in sieben sog. Erweiterungsrounden von ursprünglich sechs Mitgliedstaaten auf heute 28 erweitert. Nach Inkrafttreten des EWRA im Jahr 1994 fanden die letzten vier dieser Erweiterungen statt:

1995 traten drei EFTA-Staaten (Finnland, Österreich, Schweden) der EU bei. Dies führte nicht zu einer gleichzeitigen Erweiterung des EWR, da diese drei Staaten bereits EWR-Mitglieder waren.

Am 1. Mai 2004 wurden zehn neue Mitglieder – Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern – in die EU aufgenommen. Gleichzeitig traten diese Staaten auch dem EWRA bei (siehe dazu Bericht und Antrag Nr. 2/2004). Die Bedingungen, zu denen diese zehn Länder dem EWRA beitraten, entsprachen, soweit anwendbar, weitgehend denjenigen ihres EU-Beitritts. So wurden insbesondere die gleichen Übergangsfristen und Bedingungen der aus dem Binnenmarkt-Rechtsbestand resultierenden Verpflichtungen vorgesehen. In diesem Zusammenhang sind die gegenüber den neuen Ländern bestehenden Beschränkungen des Personenverkehrs von besonderer Bedeutung. Die spezifisch liechtensteinische Personenverkehrsregelung im EWR wurde neu formuliert und verlängert. EWR-spezifisch waren bei der Erweiterung 2004 indes die Vereinbarungen über die Finanzbeiträge der EFTA-Staaten zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zwischen den EWR-Ländern bzw. deren Regionen sowie die Handelsbedingungen für Fisch- und andere Meereserzeugnisse zwischen Island und Norwegen einerseits und den zehn

Beitrittsländern andererseits. Auch wenn die finanziellen Verpflichtungen der EWR/EFTA-Staaten durch das Abkommen von 2004 aufgrund der verhältnismässig armen Regionen in den Beitrittsstaaten erheblich sind, so hat sich diese grosse Erweiterung positiv ausgewirkt. Die Marktchancen in diesem ausgedehnten Binnenmarkt konnten erheblich erweitert werden, während die spezifisch liechtensteinische Personenverkehrsregelung im EWR weiterhin gültig ist.

Am 1. Januar 2007 traten Bulgarien und Rumänien der EU bei. Diese beiden Länder gehörten ursprünglich auch zur Erweiterungsrunde aus dem Jahr 2004. Wegen grösserer politischer und wirtschaftlicher Probleme kam dann für die beiden Länder aber nur dieser spätere Beitritt in Frage (siehe dazu Bericht und Antrag Nr. 104/2007).

Als neuestes Mitglied trat die Republik Kroatien am 1. Juli 2013 der EU bei. Gestützt auf das Beitrittsgesuch vom 21. Februar 2003 wurde Kroatien der offizielle Status als Beitrittskandidat der Europäischen Union am 18. Juli 2004 zuerkannt. Die EU Beitrittsverhandlungen begannen jedoch erst am 4. Oktober 2005, nachdem die Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien die volle Zusammenarbeit Kroatiens mit dem Tribunal bestätigt hatte – eine Grundbedingung der EU für die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen – und konnten am 30. Juni 2011 erfolgreich abgeschlossen und der Beitrittsvertrag am 9. Dezember 2011 unterzeichnet werden. Nach anfänglichen Verzögerungen konnte der Ratifikationsprozess in allen Mitgliedstaaten mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde durch Deutschland am 21. Juni 2013 doch noch rechtzeitig abgeschlossen werden, um das Zieldatum 1. Juli 2013 für den kroatischen Beitritt einhalten zu können.

Kroatien war das erste Beitrittskandidatenland, auf welches das nach dem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens im Jahr 2007 reformierte Beitrittsverfahren angewandt wurde. Dieses neue Verfahren sieht die Erfüllung von insgesamt 35

Verhandlungskapiteln vor, wobei Kroatien sowohl bei der Eröffnung von Verhandlungskapiteln wie auch bei deren Abschluss so genannte Benchmarks bzw. Leistungsnachweise („track record“) vorweisen musste, um zu belegen, dass Gesetze nicht nur erlassen sondern auch umgesetzt wurden. Um zu gewährleisten, dass bis zum EU-Beitritt in den Bereichen „Justiz und Grundrechte“ (Vorantreiben der Justizreformen), „Justiz, Freiheit und Sicherheit“ (Grenzschutz, Polizei- und Justizkooperation, Kampf gegen die organisierte Kriminalität) und „Wettbewerbsrecht“ (Restrukturierung des Schiffbau- und Stahlsektors) Reformen weiter vorangetrieben werden, wurde zudem ein Überwachungsmechanismus (Monitoring) eingeführt, wonach die Kommission halbjährlich über den Fortschritt zu berichten hatte. Da Kroatien während den Verhandlungen bereits deutlich strenger bewertet wurde als die bisherigen Beitrittskandidaten und auch während des Monitorings gute Resultate lieferte, wurde schliesslich von einem Überwachungssystem ähnlich jenem für Bulgarien und Rumänien, welches auch nach dem EU-Beitritt gegolten hätte, abgesehen.

Im Unterschied zu den Verfahren entsprechen die für den EWR-Beitritt relevanten materiellen Beitrittsbedingungen jenen der Erweiterungen von 2004 bzw. 2007. Insbesondere auch die Übergangsregelungen im Personenverkehr sind identisch. Es sei hier daran erinnert, dass die Mitgliedschaft in der Europäischen Union grundsätzlich die vollständige Übernahme der bestehenden Rechtsvorschriften der EU, dem so genannten *Acquis Communautaire*, zum Zeitpunkt des Beitritts bedingt.

Dies umfasst auch die Verpflichtung, bestehende Verträge der EG mit Drittstaaten zu übernehmen bzw. diesen beizutreten. Soweit es den Binnenmarkt betrifft, sind die Rechtsverpflichtungen der EU und des EWR weitgehend gleich lautend.

Das Beitrittsverfahren zum EWR ist in Artikel 128 EWRA folgendermassen geregelt:

- „1. Jeder europäische Staat, der Mitglied der Gemeinschaft wird, beantragt, und jeder europäischer Staat, der Mitglied der EFTA wird, kann beantragen, Vertragspartei dieses Abkommens zu werden. Er richtet seinen Antrag an den EWR-Rat.“
- „3. Die Bedingungen für eine solche Beteiligung werden durch ein Abkommen zwischen den Vertragsparteien und dem antragstellenden Staat geregelt. Das Abkommen bedarf der Ratifikation oder Genehmigung durch alle Vertragsparteien nach ihren eigenen Verfahren.“

1.1 Verhandlungsbeginn

Nachdem Kroatien mit Schreiben vom 13. September 2012 um Aufnahme von EWR-Beitrittsverhandlung ersucht und auch die EU-Seite im Herbst 2012 das notwendige Verhandlungsmandat erhalten hatte, informierte der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) mit Schreiben vom 14. November 2012 über die Absicht, in Kürze ein erstes Verhandlungstreffen anzuberaumen. Da Norwegen allerdings erst Mitte Dezember über ein Verhandlungsmandat verfügte – die liechtensteinische Regierung hatte das Verhandlungsmandat bereits am 13. November 2012 erteilt –, verschob sich der Verhandlungsbeginn auf 2013 und fiel somit unter den liechtensteinischen EWR/EFTA-Vorsitz für das erste Halbjahr 2013. Die ursprüngliche Annahme, die Verhandlungen relativ rasch abschliessen zu können, nachdem der EAD gleich zu Beginn zum Hauptverhandlungspunkt des finanziellen Beitrags an Kroatien eine bereits beim Beitritt von Bulgarien und Rumänien verwendete transparente Berechnungsmethode vorgelegt hatte, bewahrheitete sich leider nicht.

Die bei der Eröffnung am 15. März 2013 abgegebenen Erklärungen machten deutlich, dass nebst den Finanzbeiträgen der EFTA-Staaten auch nicht zu unterschätzende Marktzugangsforderungen für Fischprodukte sowohl von Island wie auch Norwegen gestellt wurden. Bei der Frage des Marktzugangs wurde ziemlich

bald klar, dass – in Anbetracht des geringen Handelsvolumens mit Kroatien – die Forderungen weniger auf bestehenden Handelsflüssen basierten, sondern in Relation zur Höhe der jeweiligen Finanzbeiträge gesetzt wurden. Norwegen hatte zudem in Bezug auf die Berechnung der Finanzbeiträge zur Verringerung der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichgewichte ganz andere Vorstellungen als die EU.

1.2 Verhandlungspositionen

Um die sozioökonomischen Disparitäten schnellstmöglich zu reduzieren, und mit dem Ziel, Wohlstand und Wachstum in Kroatien zu fördern, bestand Einigkeit, dass der bestehende EWR-Finanzierungsmechanismus 2009-2014 auf Kroatien ausgedehnt werden sollte. Die Kommission legte daher bereits vor der ersten Verhandlungssitzung einen Vorschlag zur Höhe der EFTA-Finanzbeiträge vor und forderte für die verbleibenden zehn Monate vom 1. Juli 2013 bis 30. April 2014 eine Gesamtsumme für Kroatien von rund 12.1 Mio. Euro, wobei 6.2 Mio. Euro auf den EWR-Finanzierungsmechanismus und 5.9 Mio. Euro auf den Norwegischen Finanzierungsmechanismus entfallen wären. Dieser Betrag wurde EU-seitig auf den Verteilschlüssel im Kohäsionsfonds für die Jahre 2014-2020 gestützt, welcher seinerseits auf dem Verhältnis von Bevölkerung, Fläche und BIP/Einwohner der Empfängerstaaten untereinander beruht und bereits die Grundlage für die Berechnungen im Rahmen der EWR-Erweiterung um Bulgarien und Rumänien im Jahre 2007 bildete. Die EU-Seite sah diese Ausweitung unter dem Aspekt der Gleichbehandlung von Kroatien mit den anderen EU-Empfängerstaaten als rein technische Angelegenheit und wendete daher für die Berechnung der konkreten Beitragserhöhung ihre interne Berechnungsmethode auf den EWR-Finanzierungsmechanismus wie auch den Norwegischen Finanzierungsmechanismus an.

Im Unterschied dazu stellte sich Norwegen auf den Standpunkt, dass es für den Umfang der Erhöhung keine wirklichen Vorgaben gäbe, und schlug daher insgesamt (d.h. EWR und Norwegischer Mechanismus) 4.2 Mio. Euro vor. Gleichzeitig legten Island und Norwegen relativ hohe Fischforderungen auf den Tisch (zollfreie Quoten für spezifische Fischprodukte). Im Falle von Island kamen auch noch Forderungen auf verloren gegangene Quoten gestützt auf ein Abkommen aus dem Jahre 2009 dazu, welches parallel zum EWR-Finanzierungsmechanismus die Island zustehenden Quoten für Fisch- und Meeresprodukte für die Jahre 2009-2014 regelte.

Die Kombination einer tiefen (norwegischen) Offerte für die Beitragszahlungen und hohen, über die Frage des Beitritts Kroatiens hinausgehenden Forderungen im Fischbereich führte ziemlich schnell zu einer längeren Blockade. Einerseits war die EU-Seite nicht bereit, sich den Fischforderungen zu widmen, bevor nicht eine akzeptable Grundlage für die Diskussion über die Finanzbeiträge gefunden werden konnte. Andererseits weigerten sich Norwegen und insbesondere auch Island, Zugeständnisse bei den Beitragszahlungen zu machen, bevor sich nicht ein Lösungsansatz in der Fischfrage abzeichnete.

Die liechtensteinische Verhandlungsposition war ab Verhandlungsbeginn konstant: Kroatien sollte mit den anderen begünstigten EU-Staaten des EWR-Finanzmechanismus gleich behandelt werden, also in den Genuss von Beiträgen auf der Grundlage der bestehenden Kriterien (Bevölkerungszahl, Fläche und Wohlstand der zu begünstigenden Regionen) kommen. Bezüglich des Personenverkehrs wurde auf den durch die anstehende Erweiterung erhöhten Immigrationsdruck hingewiesen und somit die Notwendigkeit der besonderen Personenverkehrsregelung für Liechtenstein verdeutlicht.

1.3 Verhandlungsverlauf

Um den Verhandlungsprozess zu beschleunigen, wurde an der Eröffnungssitzung vom 15. März 2013 beschlossen, drei Untergruppen auf Expertenebene zu bilden, welche sich mit folgenden Themen auseinandersetzen sollten:

- aktuelle rechtliche Aspekte der für die EWR-Erweiterung notwendigen multilateralen Abkommen (insbesondere das EWR-Erweiterungsabkommen);
- die Integration Kroatiens in den EWR-Finanzierungsmechanismus; sowie
- bilaterale Themen und hier insbesondere solche betreffend Handelshemmnisse in Bezug auf Fisch und Fischprodukte.

Im März und April 2013 fanden mehrere Treffen der Subgruppe zur Integration Kroatiens in den EWR-Finanzierungsmechanismus statt. Während Einigkeit über die Prinzipien (v.a. Nichtdiskriminierung und fairer Anteil für Kroatien) erreicht werden konnte, welche der Berechnung der Finanzbeiträge zugrunde liegen sollten, konnte bezüglich der konkreten Anwendung dieser Grundsätze (Methodologie und Gesamtbeträge) vorerst keine Einigung erzielt werden.

Da gleichzeitig in den Gesprächen zu den bilateralen Themen mit Island und Norwegen (Fisch und Fischprodukte) keine wesentlichen Fortschritte verzeichnet wurden, war bereits im Rahmen des zweiten offiziellen Verhandlungstreffens am 3. Mai 2013 klar, dass die Erreichung des anfänglichen Ziels, die Erweiterung des EWR parallel zum kroatischen Beitritt zur EU (1. Juli) zu vollziehen, nicht mehr realistisch war.

Vor der Sommerpause kam etwas Bewegung in die Verhandlungen, nachdem die EU-Seite bereit war, ihre Beitragsforderung zu reduzieren. Der Grund dafür lag darin, dass nur sehr wenig Zeit für die Inanspruchnahme der Gelder zur Verfügung stand (Stichtag 30. April 2014) und auch EU-intern die Kohäsionsgelder für Kroatien einem sogenannten „phase-in“ unterliegen. Die Berücksichtigung dieser

Aspekte bei der Berechnung der Erhöhung führte dazu, dass die EU schliesslich insgesamt 9.61 Mio. Euro forderte: 4.943 Mio. Euro im Rahmen des EWR und 4.667 Mio. Euro im Rahmen des norwegischen Finanzmechanismus. Dieser Betrag wurde zudem aufgrund des Prinzips der Gleichstellung Kroatiens mit den anderen Empfängerstaaten als nicht weiter verhandelbar deklariert.

Die in der ersten Juli-Woche 2013 abgehaltenen bilateralen Treffen zwischen der EU und Island bzw. Norwegen betreffend Fisch und Fischprodukte brachten nicht den gewünschten Durchbruch im Sinne einer Einigung, die dann auch als Grundlage für die Zustimmung der beiden Staaten zu einem Gesamtpaket bestehend aus den bilateralen Aspekten und den Finanzbeiträgen an Kroatien im Rahmen der Integration des Landes in den laufenden EWR-Finanzierungsmechanismus hätte dienen können. Bei der Frage der Höhe der Leistungen an Kroatien aus dem Finanzierungsmechanismus blieben Island und Norwegen dabei, auf die Forderung der EU erst einzugehen, wenn ihren bilateralen Erwartungen entsprochen wurde. Somit konnten auch beim dritten Treffen auf Ebene der Verhandlungsleiter am 15. Juli 2013 keine entscheidenden Fortschritte erzielt werden. Es wurde dort allerdings vereinbart, sobald wie möglich weitere Treffen auf Subgruppenebene zu den bilateralen Fisch-Fragen sowie betreffend die Integration Kroatiens in den Finanzierungsmechanismus anzusetzen.

Am 3. Oktober wurde von norwegischer Seite bestätigt, dass mittlerweile eine Lösung mit der EU in den bilateralen Gesprächen (Fischerei) gefunden werden konnte, und auch Island zeigte sich zuversichtlich, dass in sehr naher Zukunft ein Abschluss der Verhandlungen erzielt werden könne. Im Anschluss daran wurde ein voraussichtlich letztes Treffen auf Ebene der Verhandlungsleiter für den 21. Oktober vorgesehen. Allerdings teilte Norwegen kurz vor dem Treffen EFTA-intern mit, dass es mit der von der EU vorgeschlagenen Aufteilung der Gelder zwischen dem EWR- (4.943 Mio.) und dem Norwegischen Finanzmechanismus

(4.667 Mio.) nicht einverstanden sei und eine Ratio von 100:80 wünsche, was einem Betrag von 5.3 Mio. im EWR und 4.3 Mio. im Norwegischen Mechanismus entsprochen hätte. Da sowohl Island als auch Liechtenstein nicht bereit waren, dieses Verhältnis zu Gunsten des Norwegischen Mechanismus zu ändern und somit im Rahmen des EWR-Mechanismus mehr zu bezahlen, musste das Verhandlungstreffen kurzfristig abgesagt werden. Anfang November gab Norwegen nach einer Einigung auf „gerundete Zahlen“ (5 Mio. Euro im EWR und 4.6 Mio. Euro im Norwegischen Mechanismus) seinen Widerstand auf und die Verhandlungsleiter unterzeichneten am 20. November „Agreed Minutes“, welche die Verhandlungsergebnisse festhielten und als Grundlage für die Fertigstellung der Vertragstexte dienten.

Die Abkommenstexte wurden schliesslich am 20. Dezember 2013 von den Verhandlungsleitern paraphiert und sollen in der zweiten Märzhälfte 2014 in Brüssel unterzeichnet und unmittelbar darauf auch provisorisch angewandt werden, um Kroatien die Absorption der zugesprochenen Geldmittel vor Ende April 2014 überhaupt zu ermöglichen.

2. SCHWERPUNKTE DES ABKOMMENS

2.1 Form des Abkommens und weitere Bestimmungen

Das EWR-Erweiterungsabkommen 2013 besteht aus einem Hauptteil (dem Abkommen selbst), den integralen Anhängen A und B sowie einer Schlussakte (siehe Beilagen). Die Struktur des Abkommens sowie die verwendete Methodik entsprechen den Erweiterungsabkommen von 2004 und 2007. Es wurde auf die Referenztechnik zum EU-Beitrittsvertrag von Kroatien zurückgegriffen, welche auch die EWR-relevante Gesetzgebung enthält. Entsprechend wurden Anpassungen oder Übergangsregeln zu Rechtsakten, die Bestandteil des EWRA sind, nicht explizit ins Erweiterungsabkommen aufgenommen, sondern die Ergänzungen, An-

passungen und Übergangsbestimmungen werden durch Verweis auf den EU-Beitrittsvertrag – „wie durch den Beitrittsvertrag modifiziert“ – übernommen.

Es lassen sich inhaltlich zwei Kategorien von durch Verweis übernommenen Bestimmungen unterscheiden:

- 1. Rein technische Anpassungen zu Rechtsakten, die aufgrund des Neubeitritts nötig werden:¹ Diese Anpassungen sind in **Anhang A** zu finden.² Darüber hinaus wurde unter Teil II von Anhang A eine kleine Bereinigung³ der Anhänge des EWRA vorgenommen.
- 2. Aus den EU-Beitrittsverhandlungen resultierende Übergangs-/ Sonderregeln zu Rechtsakten:⁴ Auf diese wird in **Anhang B** verwiesen. (Auf die ebenfalls darunter fallenden EU-Übergangsfristen zum Personenverkehr wird nachfolgend noch eingegangen.)

Die **Schlussakte** umfasst diverse Erklärungen der Vertragsparteien, darunter auch die Gemeinsame Erklärung zu Liechtensteins sektorieller Anpassung im Personenverkehrsbereich (Sonderlösung). Des Weiteren sind der Schlussakte das Zusatzprotokoll zur Aufnahme Kroatiens in den Norwegischen Finanzmechanismus wie auch die beiden Zusatzprotokolle zu den bilateralen Freihandelsabkommen zwischen der EU und Norwegen bzw. Island, welche die Änderungen beim Fischhandel beinhalten, beigefügt.

¹ Beispiel: diverse Richtlinien beinhalten nummerierte Listen der Mitgliedstaaten oder Bezeichnungen von nationalen Behörden oder Berufen in den jeweiligen Staaten, die unter die Regelungen der Richtlinie fallen. Solche Listen müssen daher rein technisch um die neuen Staaten, die Namen deren Behörden oder die jeweils in den Staaten verwendeten Berufsbezeichnungen ergänzt und neu nummeriert werden.

² Anhang A ist auch diesmal nicht sehr umfassend. Der Grossteil der technischen Anpassungen findet stattdessen im Rahmen des Ergänzungspaketes statt, welches vom Gemeinsamen EWR-Ausschuss nach dem (provisorischen) Beitritt Kroatiens umgehend gefasst werden soll.

³ Im Rahmen der 2007 Erweiterung wurden alternativ Referenzen zu den Beitrittsverträgen oder, sofern der damals geplante EU-Verfassungsvertrag angenommen worden wäre, zu den Beitrittsprotokollen in die Anhänge des EWRA aufgenommen. Da der Verfassungsvertrag abgelehnt wurde, können daher diese Referenzen zu den Beitrittsprotokollen gelöscht werden.

⁴ So wurden den Beitrittsländern diverse Fristen eingeräumt, bis zu deren Ablauf Rechtsakte in den verschiedensten Gebieten umzusetzen oder gewisse nicht Acquis konforme Situationen zu beseitigen sind.

Bei der Erweiterung des EWR um Kroatien stellten sich neben dem Inhalt der Verhandlungen oder den oben erwähnten rein technischen Aspekten auch Fragen zu gemischten Themen. Wie bereits in den letzten Erweiterungen wurden die in der EU ausgehandelten Übergangslösungen soweit als möglich in den EWR übernommen (Anhang B). Da gewisse Ausnahmeregeln/Übergangsbestimmungen zu deren Durchführung wiederum Zuständigkeiten an EU-Institutionen übertragen, wurde das bereits in der 2004 Erweiterung für diese Fragen geschaffene Protokoll 44 EWRA auch hierfür erneut als anwendbar erklärt. Entsprechend ist für diverse Übergangsfristen wie z.B. für den Personenverkehr oder aber für die Auslösung und Anwendung der Binnenmarkt-Schutzklausel⁵ Artikel 112 EWRA anwendbar.

2.2 Verhandlungsergebnisse

2.2.1 Finanzbeiträge

Das Hauptanliegen der EU wie auch von Kroatien war die Gleichbehandlung mit den 2007 beigetretenen Ländern, insbesondere im Sinne einer anteilmässigen Berücksichtigung im bestehenden EWR-Finanzmechanismus, welcher für die Jahre 2009-2014 gilt und zur Reduktion der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten im EWR beitragen soll. Man einigte sich schliesslich auf eine den Forderungen der EU entsprechende Erhöhung von 5 Mio. im EWR-Mechanismus und 4.6 Mio. Euro im Norwegischen Mechanismus, was insgesamt 9.6 Mio. Euro für die zehn Monate vom 1. Juli 2013 – 30. April 2014 darstellt.

⁵ Die in Art. 37 des EU-Beitrittsvertrags enthaltene Binnenmarktschutzklausel erlaubt der Kommission Massnahmen zu setzen, wenn Kroatien den Umsetzungsverpflichtungen im Binnenmarktbereich nicht nachkommt und dadurch das Funktionieren des Binnenmarktes ernsthaft gestört oder gefährdet wird. Diese Schutzklausel besteht für die ersten drei Jahre nach der Erweiterung. Für den EWR wurde diese Klausel durch Protokoll 44 insofern angepasst, als das gewöhnliche Entscheidungs-/Übernahmeverfahren des EWRA (Gemeinsamer Ausschuss) auch auf solche Entscheidungen der Kommission Anwendung findet, die in Anwendung der Binnenmarktschutzklausel ergehen.

Die für den verbleibenden Zeitrahmen des EWR-Finanzierungsmechanismus vereinbarten 5 Mio. Euro entsprechen einem prozentualen Anteil für Kroatien am EWR-Finanzierungsmechanismus von 3.03 %. Die für Liechtenstein anfallende Beteiligung an den Kosten richtet sich nach dem EFTA-internen Verteilschlüssel. Der Anteil Liechtensteins im Jahr 2013 belief sich auf 1.23 %, sodass daraus eine neue Finanzverpflichtung für den Zeitraum 1. Juli 2013 – 30. April 2014 von 62'000 Euro resultiert. Bei einem angenommenen Wechselkurs von 1.3 entspricht dies 80'600 Franken. Auch wenn der entsprechende Verpflichtungszeitraum bereits am 30. April 2014 endet, werden die Auszahlungen auch in den darüber hinausgehenden Jahren stattfinden.

Aufgrund der Eingliederung in den bestehenden EWR-Finanzierungsmechanismus stehen Kroatien die Gelder grundsätzlich für Projekte in den bestehenden Bereichen Umwelt, nachhaltige Entwicklung, Europäisches Kulturerbe (inkl. Stadterneuerung und öffentlicher Verkehr), Ausbildung und berufliche Bildung sowie Gesundheitspflege und Kinderbetreuung zur Verfügung. Angesichts des sehr kurzen Zeitraums bis zum Ablauf des bestehenden EWR-Finanzierungsmechanismus wurde seitens der EFTA-Staaten in diversen Bereichen Flexibilität bei der Implementierung gezeigt, allerdings unter Beibehaltung der jeweiligen Enddaten für die Verpflichtung (30. April 2014) und Auszahlung (30. April 2016 bzw. 2017) der Gelder. So wurden diverse Schwellenwerte für die einzelnen Förderungsbereiche aufgehoben, um es Kroatien zu ermöglichen, die Gelder mittels eines oder maximal zweier nationaler Programme – ausnahmsweise bestehend aus bereits vordefinierten Projekten – zu absorbieren. Auch die dazu notwendigen Vorbereitungsarbeiten laufen bereits vor Anwendung des EWR-Erweiterungsabkommens (MoU-Verhandlungen, Projektauswahl, etc.), sodass nach dessen provisorischer Anwendung umgehend die formellen Schritte eingeleitet bzw. abgeschlossen werden können.

Die Verwaltung wird wie für alle Empfängerländer vom bestehenden EFTA-Büro (Financial Mechanism Office) übernommen, sowohl für den EWR wie auch den norwegischen Teil der Gelder.

2.2.2 Lösungen im Bereich Fisch / Meeresprodukte

Da das EWR-Abkommen den Fischhandel nicht per se regelt, basiert der diesbezügliche Handel zwischen Island bzw. Norwegen und der EU zu einem erheblichen Teil auf bilateralen Freihandelsabkommen der beiden Staaten mit der EU. Diese Abkommen sind nicht identisch und enthalten zum Teil unterschiedliche Behandlungen (z.B. im Tarifbereich) derselben Fische/Produkte, je nachdem, ob sie aus Norwegen oder Island stammen. Die neuen Vereinbarungen ändern deshalb diese Freihandelsabkommen und sehen als Kompensation für die 10-Monatsperiode vom 1. Juli 2013 – 30. April 2014 Folgendes vor:

- EU – Island: zusätzliche Quoten (zollfrei): 60t gefrorenen Hummer und 100t Rotbarsch.
- EU – Norwegen: eine zusätzliche Quote von 1400t Hering.

2.2.3 Landwirtschaftsbereich

Mangels eines relevanten Handelsaufkommens wurde bei dieser Erweiterung darauf verzichtet, Änderungen bei bestehenden Quoten für Landwirtschaftsprodukte vorzunehmen⁶.

⁶ Ein entsprechender Absatz befindet sich in den „Agreed Minutes“ vom 20. November 2013.

2.2.4 Personenverkehr

2.2.4.1 Allgemeines

Wie bereits bei den früheren Erweiterungen in den Jahren 2004 und 2007 haben sich die EU-Mitgliedstaaten auch gegenüber Kroatien Übergangsbestimmungen für den Personenverkehrs-Acquis betreffend Arbeitnehmende vorbehalten. Die Regelungen sind identisch und schreiben vor, dass jeder Mitgliedstaat für die ersten zwei Jahre nach der Erweiterung anstelle des Acquis bestehende nationale Rechtsvorschriften für Staatsangehörige aus Kroatien anwendet. Vor Ablauf dieser zwei Jahre soll der Rat gestützt auf einen Bericht der Kommission die Anwendung dieser Übergangsbestimmungen prüfen. Nach Abschluss dieser Prüfung und spätestens zwei Jahre nach der Erweiterung können die alten Mitgliedstaaten mitteilen, ob sie für weitere drei Jahre die nationalen Rechtsvorschriften beibehalten oder auf den Acquis umstellen. Nach Ablauf dieser weiteren drei Jahre, während welchen die Mitgliedstaaten jederzeit auf den Acquis umstellen können, kann ein Mitgliedstaat im Falle von ernsthaften oder drohenden ernsthaften Arbeitsmarktverzerrungen nach Notifikation an die Kommission seine nationalen Rechtsvorschriften für maximal weitere zwei Jahre anwenden. Insgesamt haben die derzeitigen Mitgliedstaaten demnach die Möglichkeit, anstelle des Acquis ihre nationalen Rechtsvorschriften für insgesamt sieben Jahre beizubehalten (Regel 2+3+2).

Zusätzlich zu diesen Übergangsfristen besteht für diejenigen Staaten, die während der sieben Jahre zum Acquis übergehen, eine Schutzklausel. Diese kann angerufen werden, wenn ein Mitgliedstaat Verzerrungen in seinem Arbeitsmarkt durchläuft oder vorhersieht, die den Lebensstandard oder den Beschäftigungsgrad in einer bestimmten Region oder in einem bestimmten Arbeitsbereich ernsthaft bedrohen. Der Mitgliedstaat soll dann die Kommission davon in Kenntnis setzen und sie um teilweise oder vollständige Aussetzung des Acquis anfra-

gen. Die Kommission muss darauf innerhalb von zwei Wochen entscheiden. Bis zu zwei Wochen nach Entscheid der Kommission kann jeder Mitgliedstaat beim Rat die Nichtigkeitsklärung oder Abänderung dieser Entscheidung beantragen. Der Rat hat schliesslich innerhalb von zwei Wochen mit qualifizierter Mehrheit zu entscheiden.

Dieses institutionelle Vorgehen wurde im Rahmen der EFTA-Säule angepasst, so dass die in Art. 112 EWRA vereinbarte Schutzklausel und das dafür vorgesehene Verfahren auf solche Fälle angewendet werden können. So sollen die Fristen sowie der Anwendungsbereich und die Wirkungen der spezifischen Personenverkehrsschutzklausel auch bei der eventuellen Anwendung von Art. 112 EWRA gelten. Unabhängig davon bleibt jedoch die generelle EWR-Schutzklausel des Art. 112 weiter bestehen und anwendbar.

Diese Übergangsregelungen enthalten darüber hinaus diverse Einschränkungen der zulässigen nationalen Bestimmungen. So dürfen die nationalen Bestimmungen nach Unterschrift des Beitrittsvertrages nicht mehr verschärft werden. Arbeitnehmende aus neuen Mitgliedstaaten (und ihre Familienangehörigen) dürfen unter diesen weiterhin anwendbaren nationalen Vorschriften nicht schlechter gestellt werden als Arbeitnehmende (und ihre Familienangehörigen) aus Drittstaaten. Des Weiteren gibt es verschiedene Bestimmungen, welche die Situation von Arbeitnehmenden aus den neuen Mitgliedstaaten, die sich bereits in den alten Mitgliedstaaten aufhalten, regeln bzw. den nationalen Rechtsvorschriften diesbezüglich Grenzen setzen.

Diese Übergangsregelungen sollen auch in Liechtenstein zur Anwendung gelangen. Das Personenfreizügigkeitsgesetz (LGBI. 2009 Nr. 348) wurde entsprechend angepasst⁷.

2.2.4.2 Liechtensteinische Sonderlösung

Die Sonderlösung für Liechtenstein zum Personenverkehr gilt unabhängig von diesen Übergangsfristen auch im Verhältnis zu Kroatien. Grundlage für diese Lösung ist der Beschluss Nr. 191/1999 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses vom 17. Dezember 1999.

Die darin enthaltenen Normen bilden weiterhin den Gegenstand der liechtensteinischen Sonderregelung im Personenverkehr. Kurz zusammengefasst ist es Liechtenstein weiterhin gestattet, den Zuzug von EWR-Staatsangehörigen nach Liechtenstein zu begrenzen (Quotenregelung: netto zusätzlich mind. 56 Erwerbstätige und 16 Nicht-Erwerbstätige im Jahr, davon 50 % in neutralem Verlosungsverfahren). Bereits im Rahmen der Erweiterung 2004 konnte eine Verstärkung der Überprüfungsklausel erreicht werden, insbesondere durch eine neue Formulierung der Überprüfungsklausel, wodurch grundsätzlich vom Beibehalt der bestehenden Lösung, welche alle fünf Jahre zu überprüfen ist, ausgegangen wird. Eine solche Überprüfung ist erneut für 2014 vorgesehen. In den gegenständlichen Verhandlungen konnte wie bereits im Rahmen der EWR-Erweiterung um Bulgarien und Rumänien im Jahre 2007 erreicht werden, dass die Verlängerung der Personenverkehrslösung zusätzlich durch die folgende, in der Schlussakte aufgeführte gemeinsame Erklärung „vorgespurt“ wurde:

⁷ Gesetz vom 5. Dezember 2013 über die Abänderung des Personenfreizügigkeitsgesetzes. Inkrafttreten: 1. April 2014.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZUR
LIECHTENSTEIN BETREFFENDEN SEKTORALEN ANPASSUNG
IM BEREICH DER FREIZÜGIGKEIT

Die derzeitigen Vertragsparteien und die neue Vertragspartei,

- *unter Bezugnahme auf die Liechtenstein betreffenden Sektorale Anpassungen im Bereich der Freizügigkeit in Anhang V und VIII des EWR-Abkommens, die durch den Beschluss Nr. 191/1999 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses in das Abkommen aufgenommen und mit dem Übereinkommen vom 14. Oktober 2003 über die Beteiligung der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik am Europäischen Wirtschaftsraum geändert wurden,*
- *in Anbetracht der weiterhin hohen, die in den oben genannten Sektorale Anpassungen festgelegte Netto-Einwanderungsquote übersteigenden Zahl von Staatsangehörigen der EG-Mitgliedstaaten und der EFTA-Staaten, die sich in Liechtenstein niederlassen wollen und*
- *in der Erwägung, dass aufgrund der Beteiligung Kroatiens am EWR das im EWR-Abkommen verankerte Recht auf Freizügigkeit von einer noch höheren Zahl von Staatsangehörigen in Anspruch genommen werden kann,*

kommen überein, diesen Sachverhalt sowie die unveränderte Aufnahmekapazität Liechtensteins bei der Überprüfung der in den Anhängen V und VIII des EWR-Abkommens vorgesehenen Sektorale Anpassungen gebührend zu berücksichtigen.

2.3 Ergänzungspaket

Da der Stichtag für den durch das EWR-Erweiterungsabkommen übernommenen EWR-Acquis entsprechend dem Stichtag des EU-Beitrittsvertrags der 30. Juni 2011 ist, müssen diejenigen Rechtsakte, die zwischen diesem Zeitpunkt und dem Zeitpunkt des Beitritts Kroatiens in den EWR übernommen wurden, durch ein so genanntes „*Supplementary Package*“ („Ergänzungspaket“) in das EWR-Abkommen eingeführt werden. Dies wird wie bereits bei den letzten EWR-Erweiterungen durch einen Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (an dem Kroatien aufgrund der provisorischen Anwendung des EWR-Erweiterungsabkommens bereits teilnehmen wird) erfolgen, sodass dann auch für Kroatien der gesamte EWR-Acquis gilt. Wie erwähnt, wird das Ergänzungspaket auch noch diverse technische Anpassungen zu Rechtsakten umfassen, welche im Rahmen der Erweiterung um Kroatien nötig wurden, jedoch noch nicht im ursprünglichen EU-Beitrittsvertrag und folglich auch nicht im EWR-Erweiterungsabkommen berücksichtigt wurden. Das ebenfalls auf EU-Seite notwendige „Paket“ ist jedoch wegen der generellen zeitlichen Verschiebung bei der Übernahme von EU-Rechtsakten in den EWR nicht mit dem EWR-Paket identisch.

2.4 Politische Bewertung

2.4.1 Allgemeine Bewertung

Die EWR-Erweiterung um Kroatien erfolgte, wie beschrieben, weitestgehend zu den gleichen Bedingungen und in der gleichen Form wie die Erweiterungen in den Jahren 2004 und 2007. Die Regierung bewertet die Erweiterung der EU und des EWR um die Republik Kroatien als positiv. Deren Aufnahme trägt weiter zur Stabilität Gesamteuropas bei, wenn auch nicht im selben Umfang wie frühere Erweiterungen. Der Beitritt Kroatiens stellt darüber hinaus ein wichtiges Signal an andere Staaten Südosteuropas dar, dass bei entsprechendem Reformwillen

und einer Annäherung an europäische Grundwerte ein EU-Beitritt möglich ist. Schliesslich verlangt auch die Homogenität des Binnenmarktes den vollen Beitritt der Republik Kroatiens zum EWRA, und es ist insofern politisch begrüssenswert, dass auch diese neue EWR-Erweiterung, wenn auch mit zeitlicher Verzögerung, zustande gekommen ist.

Da bei den Verhandlungen kein wesentliches wirtschaftliches Interesse Liechtensteins im Spiel war, wurde das Hauptaugenmerk auf die Beitragszahlungen zur Verringerung des wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichts sowie auf die Auswirkungen im Bereich des Personenverkehrs gelegt. Aus guten Gründen wurden auch bei dieser Erweiterung, wie schon 2004 und 2007, von allen Verhandlungsparteien neben den Auswirkungen dieser Erweiterung keine weiteren Verhandlungsmaterien eingebracht. Dies erklärt grösstenteils auch, warum die hauptsächlichen Verhandlungsmaterien die Finanzbeiträge sowie Handelsfragen waren. Für Liechtenstein standen keine besonderen Handelsfragen zur Diskussion, nachdem die Handelsbedingungen im EWR generell noch liberaler gestaltet sind als in den EFTA-Freihandelsabkommen mit Kroatien, und auch im Landwirtschaftsbereich waren keine nennenswerten Handelsströme zu verzeichnen.

2.4.2 Bewertung der finanziellen Auswirkungen

Bezüglich der EFTA-Finanzbeiträge zur Reduktion der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten im EWR kann das Ergebnis positiv bewertet werden. Die Erhöhung von 3.03 % entspricht einem fairen, mathematisch berechneten, relativen Anteil Kroatiens und sichert dessen gleichberechtigte Behandlung im Rahmen des EWR-Finanzierungsmechanismus. Eine Ungleichbehandlung Kroatiens gegenüber den bisher begünstigten Staaten hätte negative Auswirkungen auf das künftige Funktionieren des EWRA haben können. Aus liechtensteinischer Sicht war es vor allem wichtig, dass das Präjudiz aus der Erweiterung 2007 akzeptiert wurde und der bestehende EWR-Mechanismus ohne wesentliche Änderungen

auch auf Kroatien Anwendung findet. Insbesondere die dieses Mal von Norwegen gewollte Zusammenlegung bzw. Übertragung von Zahlungsverpflichtungen aus dem bilateralen norwegischen Mechanismus auf den EWR-Mechanismus hätte im Vorfeld der Verhandlungen zur Erneuerung der EWR-Beitragszahlungen im Jahr 2014 ein ungünstiges Präjudiz geschaffen.

2.4.3 Bewertung der Lösung zum Personenverkehr

Die Sonderregelung für Liechtenstein im Personenverkehr ist so konzipiert, dass sie auch für Kroatien anwendbar ist. Dies wurde auch im Verlauf der Verhandlungen unterstrichen und blieb unwidersprochen. Zusätzlich wurde aber eine gemeinsame Erklärung ausgehandelt, welche die bis April 2014 fällige Überprüfung des entsprechenden EWR-Entscheids stark präjudiziert. Alle Vertragsparteien erklären, dass mit der jetzigen Erweiterung ein zusätzlicher Grund für das Bestehen dieser Lösung vorliegt und auch die Aufnahmefähigkeit Liechtensteins keine Änderung erfahren hat.

In Anbetracht der somit gesamthaft positiven Verhandlungsergebnisse zur Erweiterung des EWR um Kroatien und der Notwendigkeit, neue EU-Mitgliedstaaten auch in den EWR aufzunehmen, tritt die Regierung für die Ratifikation des EWR-Erweiterungsabkommens ein.

3. VERFASSUNGSMÄSSIGKEIT / RECHTLICHES

Der Ratifikation des EWR-Erweiterungsabkommens stehen keine Bestimmungen der Verfassung entgegen. Die notwendige Anpassung des Personenfreizügigkeitsgesetzes ist, wie erwähnt, bereits vorab erfolgt.

3.1 Gesetz betreffend die vorläufige Anwendung des Übereinkommens über die Beteiligung der Republik Kroatien am Europäischen Wirtschaftsraum

Wie bereits bei den EWR-Erweiterungen in den Jahren 2004 und 2007 soll auch das nun vorliegende EWR-Erweiterungsabkommen provisorisch angewendet werden. Eine provisorische Anwendung ist bereits aufgrund der in der Regel länger dauernden EU-internen Genehmigungsverfahren notwendig, um die Lücke zwischen EU-Erweiterung und EWR-Erweiterung nicht unnötig noch um weitere Monate oder gar Jahre zu vergrössern und dadurch der Homogenität im Binnenmarkt/EWR zusätzlich zu schaden. Da Kroatien seine Ansprüche auf die im Rahmen des EWR-Finanzierungsmechanismus (wie auch dem Norwegischen Mechanismus) zur Verfügung gestellten Gelder am 30. April 2014 verliert, ist es im vorliegenden Fall umso wichtiger, dass das EWR-Erweiterungsabkommen einige Wochen vor Ende April 2014 zur Anwendung kommt. Die EU-Seite hat daher als Zieldatum für die Unterzeichnung den 20. März 2014 festgelegt, mit gleichzeitiger (oder unmittelbar darauf folgender) provisorischer Anwendung.

Liechtenstein ist aus mehreren Gründen beim Abschluss von internationalen Verträgen und bei ihrer Anwendung in einer besonderen Lage: Zum einen sind alle internationalen Verträge, die der Genehmigung des Landtags unterliegen, referendumsfähig. Mit der entsprechenden Ausschreibung zum Referendum⁸ und der Einhaltung der Frist von 30 Tagen bedeutet dies, dass abgesehen von den

⁸ d.h. wenn nicht schon der Landtag die Abhaltung einer Volksabstimmung beschliesst

weiteren Ratifikationsschritten (Zustimmung des Stellvertreters des Landesfürsten, Übermittlung der Ratifikationsurkunden usw.) mindestens fünf zusätzliche Wochen hinzuzurechnen sind. Wenn eine Volksabstimmung stattfinden müsste, würde sich der Vorgang noch mehr in die Länge ziehen.

Zum anderen kennt die liechtensteinische Verfassung keine Regeln über die provisorische Anwendung internationaler Verträge. Gleichzeitig schliesst die liechtensteinische Verfassung ein pragmatisches Handeln nicht aus.

3.2 Zweck und Inhalt der Gesetzesvorlage

Aufgrund dieser Ausgangslage schlägt die Regierung dem Landtag folgendes Vorgehen vor: Es soll ein Gesetz erlassen werden, welches für den gegebenen Einzelfall der Erweiterung des EWRA um Kroatien die provisorische Anwendung vorsieht. Nachdem der Beginn der erwarteten provisorischen Anwendung durch alle Vertragsparteien voraussichtlich in die Referendumsfrist nach einer Zustimmung durch den Landtag fallen würde, soll die Genehmigung der provisorischen Anwendung in den Ermessensbereich der Regierung gelegt werden. Dabei würde die Regierung selbstverständlich einem sich abzeichnenden Referendum Rechnung tragen und in diesem Fall mit der provisorischen Anwendung zuwarten.

Die provisorische Anwendung des Erweiterungsabkommens soll insoweit beschränkt sein, als sie nur so lange Gültigkeit haben soll, bis das Erweiterungsabkommen entweder ratifiziert ist und damit vorher das innerstaatliche Zustimmungsverfahren abgeschlossen oder die Genehmigung zur Ratifikation gemäss Verfassung abgelehnt worden ist.

Dem Gesetzesvorschlag stehen keine Bestimmungen der Verfassung entgegen bzw. es gibt in der Verfassung keine Bestimmungen, welche die provisorische Anwendbarkeit eines völkerrechtlichen Vertrags regeln. Die Gesetzesvorlage

dient dazu, im vorliegenden Einzelfall Rechtsklarheit zum Vorgehen im Zusammenhang mit dem Erweiterungsabkommen zu schaffen

4. PERSONELLE, FINANZIELLE, ORGANISATORISCHE UND RÄUMLICHE AUSWIRKUNGEN

4.1 Personelle Auswirkungen

Es ergeben sich keine direkten personellen Konsequenzen aus dem EWR-Erweiterungsabkommen.

4.2 Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Belastungen ergeben sich für Liechtenstein ausschliesslich aus den in Kapitel 2.2.1 erläuterten Finanzbeiträgen der EWR/EFTA-Staaten. Im Jahr 2010 bewilligte der Landtag für die Beteiligung Liechtensteins am EWR-Finanzierungsmechanismus für die Jahre 2009-2014 einen Verpflichtungskredit in der Höhe von 10 Mio. Euro (15 Mio. Franken)⁹. Das Übereinkommen über den EWR-Finanzierungsmechanismus für die Jahre 2009-2014 enthält die Verpflichtung, von Seiten der drei EWR/EFTA-Staaten der Europäischen Union zu Handen der Empfängerstaaten während der Periode vom 1. Mai 2009 bis zum 30. April 2014 insgesamt einen Beitrag in der Höhe von 988.5 Mio. Euro zu leisten. Dieser ist in jährlichen Tranchen zu 197.7 Mio. Euro bereitzustellen. Für Liechtenstein bedeutet dies einen Gesamtbetrag von 2 Mio. Euro pro Jahr, also insgesamt 10 Mio. Euro.

Kroatien gehörte beim Abschluss jenes Übereinkommens noch nicht zur EU und war daher auch nicht Empfängerstaat. Aufgrund des EU-Beitritts und auf der

⁹ LGBl. 2011 Nr. 66

Grundlage der Gleichbehandlung aller Empfängerstaaten sollen für Kroatien in Bezug auf die verbleibende Laufzeit des EWR-Finanzierungsmechanismus, also bis zum 30. April 2014, 5 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden. Da das Geld für den Zeitraum ab EU-Beitritt Kroatiens gesprochen wurde (1. Juli 2013), sind zehn Monate umfasst, was umgerechnet einem prozentualen Anteil für Kroatien am EWR-Finanzierungsmechanismus von 3.03 % entspricht. Die für Liechtenstein anfallende Beteiligung an den Kosten richtet sich nach dem EFTA-internen Verteilschlüssel. Der Anteil Liechtensteins im Jahr 2013 belief sich auf 1.23 %, so dass daraus eine neue Finanzverpflichtung für den Zeitraum 1. Juli 2013 – 30. April 2014 von 62'000 Euro resultiert. Bei einem angenommenen Wechselkurs von 1.3 entspricht dies 80'600 Franken. Die Regierung beantragt daher die Genehmigung eines entsprechenden Finanzbeschlusses für den notwendigen Ergänzungskredit zum Verpflichtungskredit betreffend den EWR-Finanzierungsmechanismus 2009-2014.

Da davon ausgegangen werden kann, dass im laufenden Jahr nur geringe Beträge für den Anteil Kroatiens fällig werden, sollte das für den EWR-Finanzierungsmechanismus für 2014 gesprochene Budget den notwendigen Finanzierungsbedarf decken können.

4.3 Organisatorische und räumliche Auswirkungen

Es ergeben sich keine organisatorischen und räumlichen Konsequenzen aus diesem EWR-Erweiterungsabkommen.

II. ANTRAG DER REGIERUNG

Aufgrund der vorstehenden Ausführungen unterbreitet die Regierung dem Landtag den

Antrag,

der Hohe Landtag wolle diesen Bericht und Antrag zur Kenntnis nehmen und

- 1) dem Übereinkommen über die Beteiligung der Republik Kroatien am Europäischen Wirtschaftsraum mit den Anhängen A und B sowie der Schlussakte zum Übereinkommen über die Beteiligung der Republik Kroatien am Europäischen Wirtschaftsraum und
- 2) dem Finanzbeschluss über die Genehmigung eines Ergänzungskredites betreffend den Anteil Liechtensteins an der Erhöhung des EWR-Finanzierungsmechanismus für die Jahre 2009-2014 in der Höhe von 62'000 Euro (80'600 Franken) die Zustimmung erteilen und
- 3) die beiliegende Gesetzesvorlage abschliessend in Behandlung ziehen und als dringlich erklären.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Frauen und Herren Abgeordnete, den Ausdruck der vorzüglichen Hochachtung.

**REGIERUNG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN**

III. REGIERUNGSVORLAGE

1. FINANZBESCHLUSS

Finanzbeschluss

vom

**über die Genehmigung eines Ergänzungskredites betreffend den Anteil
Liechtensteins an der Erhöhung des EWR-Finanzierungsmechanismus
für die Jahre 2009 - 2014**

Der Landtag hat in seiner Sitzung vom ... beschlossen:

Art. 1

Für die Beteiligung des Fürstentums Liechtenstein an der Erhöhung des EWR-Finanzierungsmechanismus für die Jahre 2009 bis 2014 wird ein Ergänzungskredit in Höhe von 62'000 Euro (80'600 Franken) bewilligt.

Art. 2

Dieser Finanzbeschluss tritt am Tage nach der Kundmachung in Kraft.

2. GESETZ BETREFFEND DIE VORLÄUFIGE ANWENDUNG

Gesetz

vom ...

betreffend die vorläufige Anwendung des Übereinkommens über die Beteiligung der Republik Kroatien am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)

Dem nachstehenden vom Landtag gefassten Beschluss erteile Ich Meine
Zustimmung:

Art. 1

Ermächtigung

Die Regierung wird vorbehaltlich nachfolgender Bestimmungen ermächtigt,
nach der Zustimmung des Landtags zum Übereinkommen über die Beteiligung
der Republik Kroatien am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-
Erweiterungsabkommen) dessen vorläufige Anwendung vor Ablauf der Referen-
dumsfrist zu beschliessen.

Art. 2

Finanzielle Verpflichtungen

Finanzielle Verpflichtungen dürfen bei der vorläufigen Anwendung des
EWR-Erweiterungsabkommens nur eingegangen werden, soweit sie durch den
Landesvoranschlag oder weitere Finanzbeschlüsse gedeckt sind.

Art. 3

Inkrafttreten und Ausserkrafttreten

1) Dieses Gesetz tritt am Tage der Kundmachung in Kraft.

2) Dieses Gesetz tritt mit Inkrafttreten des EWR-Erweiterungsabkommens für das Fürstentum Liechtenstein oder mit der Verweigerung der verfassungsmässigen Genehmigung des EWR-Erweiterungsabkommens ausser Kraft.

AGREEMENT
ON THE PARTICIPATION OF THE REPUBLIC OF CROATIA
IN THE EUROPEAN ECONOMIC AREA

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Ch' or similar, located at the bottom left of the page.Three handwritten signatures in black ink, located at the bottom right of the page. The first is a stylized 'H', the second is a cursive signature, and the third is a signature that looks like 'Lar'.

THE EUROPEAN UNION,

THE KINGDOM OF BELGIUM,

THE REPUBLIC OF BULGARIA,

THE CZECH REPUBLIC,

THE KINGDOM OF DENMARK,

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY,

THE REPUBLIC OF ESTONIA,

IRELAND,

THE HELLENIC REPUBLIC,

THE KINGDOM OF SPAIN,

THE FRENCH REPUBLIC,

THE ITALIAN REPUBLIC,

THE REPUBLIC OF CYPRUS,

THE REPUBLIC OF LATVIA,

THE REPUBLIC OF LITHUANIA,

THE GRAND DUCHY OF LUXEMBOURG,

HUNGARY,



MALTA,

THE KINGDOM OF THE NETHERLANDS,

THE REPUBLIC OF AUSTRIA,

THE REPUBLIC OF POLAND,

THE PORTUGUESE REPUBLIC,

ROMANIA,

THE REPUBLIC OF SLOVENIA,

THE SLOVAK REPUBLIC,

THE REPUBLIC OF FINLAND,

THE KINGDOM OF SWEDEN,

THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND,

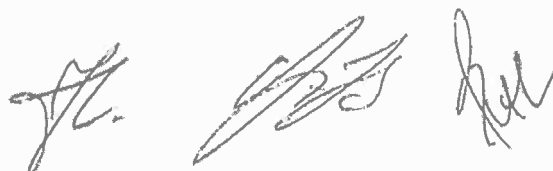
hereinafter referred to as "Member States of the European Union",

ICELAND,

THE PRINCIPALITY OF LIECHTENSTEIN,

THE KINGDOM OF NORWAY,

hereinafter referred to as "EFTA States",



together hereinafter referred to as "Present Contracting Parties",

and

THE REPUBLIC OF CROATIA,

WHEREAS the Treaty concerning the accession of the Republic of Croatia to the European Union (hereinafter referred to as the "Treaty of Accession") was signed in Brussels on 9 December 2011;

WHEREAS, pursuant to Article 128 of the Agreement on the European Economic Area, signed at Oporto on 2 May 1992, any European State becoming a member of the Community shall apply to become a Party to the Agreement on the European Economic Area (hereinafter referred to as the "EEA Agreement");

WHEREAS the Republic of Croatia has applied to become a Contracting Party to the EEA Agreement;

WHEREAS the terms and conditions for such participation are to be the subject of an Agreement between the Present Contracting Parties and the applicant State,

HAVE DECIDED to conclude the following Agreement:

ARTICLE 1

1. The Republic of Croatia hereby becomes a Contracting Party to the EEA Agreement and shall hereinafter be referred to as the "New Contracting Party".
2. From the entry into force of this Agreement, the provisions of the EEA Agreement, as amended by the Decisions of the EEA Joint Committee adopted before 30 June 2011, shall be binding on the New Contracting Party under the same conditions as on the Present Contracting Parties and under the terms and conditions laid down in this Agreement.



3. The Annexes to this Agreement form an integral part of this Agreement.

ARTICLE 2

1. ADJUSTMENTS TO THE MAIN TEXT OF THE EEA AGREEMENT

(a) Preamble:

- (i) The following shall be added in the list of Contracting Parties after the French Republic:

"THE REPUBLIC OF CROATIA,"

- (ii) The words "THE REPUBLIC OF" before HUNGARY shall be deleted;

(b) Article 2:

- (i) Paragraph (f) shall be deleted;

- (ii) The following shall be added after paragraph (e):

"(f) the term "Act of Accession of 9 December 2011" shall mean the "Act concerning the conditions of accession of the Republic of Croatia and the adjustments to the Treaty on European Union, the Treaty on the Functioning of the European Union and the Treaty establishing the European Atomic Energy Community, signed at Brussels on 9 December 2011.";

(c) Article 117:

The text of Article 117 shall be replaced by the following:

"Provisions governing the Financial Mechanisms are set out in Protocol 38, Protocol 38a, the



Addendum to Protocol 38a, Protocol 38b and the Addendum to Protocol 38b.";

(d) Article 129:

- (i) The second subparagraph of paragraph 1 shall be replaced by the following:

"Pursuant to the enlargements of the European Economic Area the versions of this Agreement in the Bulgarian, Croatian, Czech, Estonian, Hungarian, Latvian, Lithuanian, Maltese, Polish, Romanian, Slovak and Slovenian languages shall be equally authentic.";

- (ii) the third subparagraph of paragraph 1 shall be replaced by the following:

"The texts of the acts referred to in the Annexes are equally authentic in the Bulgarian, Croatian, Czech, Danish, Dutch, English, Estonian, Finnish, French, German, Greek, Hungarian, Italian, Latvian, Lithuanian, Maltese, Polish, Portuguese, Romanian, Slovak, Slovenian, Spanish and Swedish languages as published in the Official Journal of the European Union and shall for the authentication thereof be drawn up in the Icelandic and Norwegian languages and published in the EEA Supplement to the Official Journal of the European Union.".

2. ADJUSTMENTS TO PROTOCOLS TO THE EEA AGREEMENT

- (a) Protocol 4 on rules of origin shall be amended as follows:

- (i) Annex IVa (Text of the invoice declaration) shall be amended as follows:

- (aa) The following shall be inserted before the Italian version of the text of the invoice declaration:

"Croatian version

Izvoznik proizvoda obuhvaćenih ovom ispravom (carinsko ovlaštenje br ...⁽¹⁾)



izjavljuje da su, osim ako je drukčije izričito navedeno, ovi proizvodi...⁽²⁾
preferencijalnog podrijetla.";

(ii) Annex IVb (Text of the invoice declaration EUR-MED) shall be amended as follows:

(aa) The following shall be inserted before the Italian version of the text of the invoice declaration EUR-MED:

"Croatian version

Izvoznik proizvoda obuhvaćenih ovom ispravom (carinsko ovlaštenje br ...⁽¹⁾)
izjavljuje da su, osim ako je drukčije izričito navedeno, ovi proizvodi ...⁽²⁾
preferencijalnog podrijetla.

- cumulation applied with(name of the country/countries)
- no cumulation applied⁽³⁾."

(b) The following shall be added to Protocol 38b:

"ADDENDUM TO PROTOCOL 38B

ON THE EEA FINANCIAL MECHANISM FOR THE REPUBLIC OF CROATIA

Article 1

1. Protocol 38b shall apply *mutatis mutandis* to the Republic of Croatia.
2. Notwithstanding paragraph 1, the first sentence of paragraph 3 of Article 3 of Protocol 38b shall not apply.
3. Notwithstanding paragraph 1, Article 6 of Protocol 38b shall not apply. No reallocation to any other Beneficiary State shall be applicable in case of available non-committed funds of Croatia.



Article 2

The additional amounts of the financial contribution shall be EUR 5 million for the Republic of Croatia over the period running from 1 July 2013 to 30 April 2014, inclusive; they shall be made available for commitment in a single tranche as from the date of entry into force of the Agreement on the Participation of the Republic of Croatia in the European Economic Area or of an agreement to apply the Agreement provisionally."

- (c) The text of Protocol 44 shall be replaced by the following:

"ON SAFEGUARD MECHANISMS PURSUANT TO ENLARGEMENTS OF THE EUROPEAN ECONOMIC AREA

1. Application of Article 112 of the Agreement to the General Economic Safeguard Clause and the safeguard mechanisms contained in certain transitional arrangements in the Field of Free Movement of Persons and Road Transport

Article 112 of the Agreement shall also be applicable to the situations specified or referred to

- (a) in the provisions of Article 37 of the Act of Accession of 16 April 2003, of Article 36 of the Act of Accession of 25 April 2005 and of Article 37 of the Act of Accession of 9 December 2011, and
- (b) in the safeguard mechanisms contained in the transitional arrangements under the headings "Transition period" in Annex V (Free movement of workers) and Annex VIII (Right of establishment), in point 30 (Directive 96/71/EC of the European Parliament and of the Council) of Annex XVIII (Health and safety at work, labour law, and equal treatment for men and women), in point 26c (Council Regulation (EEC) No 3118/93) and point 53a (Council Regulation (EEC) No 3577/92) of Annex XIII (Transport) with the same time limits, scope and effects as set out in those provisions.

2. Internal Market Safeguard Clause

The general decision-making procedure provided for by the Agreement shall also be applicable to decisions taken by the Commission of the European Communities in application of Article 38 of the Act of Accession of 16 April 2003, of Article 37 of the Act of Accession of 25 April 2005, and of Article 38 of the Act of Accession of 9 December 2011."

ARTICLE 3

1. All amendments to acts adopted by the institutions of the European Union incorporated into the EEA Agreement, made by the Act concerning the conditions of accession of the Republic of Croatia and the adjustments to the Treaty on European Union, the Treaty on the Functioning of the European Union and the Treaty establishing the European Atomic Energy Community (hereinafter referred to as the "Act of Accession of 9 December 2011"), are hereby incorporated into and made part of the EEA Agreement.

2. To this end, the following indent is introduced in the points of the Annexes and Protocols to the EEA Agreement containing the references to the acts adopted by the institutions of the European Union concerned:

"– 1 2012 J003: Act concerning the conditions of accession of the Republic of Croatia and the adjustments to the Treaty on European Union, the Treaty on the Functioning of the European Union and the Treaty establishing the European Atomic Energy Community, adopted on 9 December 2011 (OJ L 112, 24.4.2012, p. 21)".

3. If the indent referred to in paragraph 2 is the first indent in the point in question, it shall be preceded by the words ", as amended by:".

4. Annex A to this Agreement lists the points in the Annexes and Protocols to the EEA Agreement in which the text referred to in paragraphs 2 and 3 shall be introduced.



5. Where acts incorporated into the EEA Agreement prior to the date of entry into force of this Agreement require adaptations by reason of the New Contracting Party's participation, and the necessary adaptations have not been provided for in this Agreement, those adaptations will be addressed in accordance with the procedures laid down in the EEA Agreement.

ARTICLE 4

1. The arrangements contained in the Act of Accession of 9 December 2011 referred to in Annex B to this Agreement are hereby incorporated into and made part of the EEA Agreement.
2. Any of the arrangements of relevance for the EEA Agreement referred to in or adopted on the basis of the Act of Accession of 9 December 2011 which are not reflected in Annex B to this Agreement, will be addressed in accordance with the procedures laid down in the EEA Agreement.

ARTICLE 5

Any Party to this Agreement may bring any matter concerning its interpretation or application before the EEA Joint Committee. The EEA Joint Committee shall examine the matter with a view to finding an acceptable solution in order to maintain the good functioning of the EEA Agreement.

ARTICLE 6

1. This Agreement shall be ratified or approved by the Present Contracting Parties and the New Contracting Party in accordance with their own procedures. The instruments of ratification or approval shall be deposited with the General Secretariat of the Council of the European Union.
2. It shall enter into force on the day following the deposit of the last instrument of ratification or approval of a Present Contracting Party or the New Contracting Party, provided that the following



related protocols enter into force on the same day:

- (a) Additional Protocol to the Agreement between the Kingdom of Norway and the European Union on a Norwegian Financial Mechanism for the period 2009-2014 consequent to the participation of the Republic of Croatia in the European Economic Area;
- (b) Additional Protocol to the Agreement between the European Economic Community and the Republic of Iceland consequent to the accession of the Republic of Croatia to the European Union; and
- (c) Additional Protocol to the Agreement between the European Economic Community and the Kingdom of Norway consequent to the accession of the Republic of Croatia to the European Union.

ARTICLE 7

This Agreement, drawn up in a single original in the Bulgarian, Croatian, Czech, Danish, Dutch, English, Estonian, Finnish, French, German, Greek, Hungarian, Italian, Latvian, Lithuanian, Maltese, Polish, Portuguese, Romanian, Slovak, Slovenian, Spanish, Swedish, Icelandic and Norwegian languages, the text in each of these languages being equally authentic, shall be deposited with the General Secretariat of the Council of the European Union, which will remit a certified copy to each of the Governments of the Parties to this Agreement.

List referred to in Article 3 of the Agreement

PART I

ACTS REFERRED TO IN THE EEA AGREEMENT AMENDED
by the Act of Accession of 9 December 2011

The indent referred to in Article 3(2) shall be inserted in the following locations in the Annexes and Protocols to the EEA Agreement:

In Chapter XXVII (Spirit drinks) of Annex II (Technical Regulations, Standards, Testing and Certification):

- Point 3 (Council Regulation (EEC) No 1601/91)

In Annex VII (Recognition of Professional Qualifications):

- Point 1 (Directive 2005/36/EC of the European Parliament and of the Council)

In Annex XVII (Intellectual Property):

- Point 6a (Regulation (EC) No 1610/96 of the European Parliament and of the Council)

In Annex IX (Financial Services):

- Point 14 (Directive 2006/48/EC of the European Parliament and of the Council)

In Annex XX (Environment):

- Point 21a (Directive 2003/87/EC of the European Parliament and of the Council)

PART II

OTHER AMENDMENTS TO THE ANNEXES TO THE EEA AGREEMENT

The following amendments shall be made to the Annexes to the EEA Agreement:

In Annex II (Technical Regulations, Standards, Testing and Certification – Part II):

- 1) In chapter XV, point 12a (Council Directive 91/414/EEC), the words “or, as the case may be, to the Protocol of Accession of 25 April 2005” shall be deleted;
- 2) In chapter XVII, point 7 (European Parliament and Council Directive 94/62/EC), the words “or, as the case may be, to the Protocol of Accession of 25 April 2005” shall be deleted;
- 3) In chapter XVII, point 8 (European Parliament and Council Directive 94/63/EC), the words “or, as the case may be, to the Protocol of Accession of 25 April 2005” shall be deleted;
- 4) In chapter XXV, point 3 (European Parliament and Council Directive 2001/37/EC), the words “or, as the case may be, to the Protocol of Accession of 25 April 2005” shall be deleted.

In Annex V (Free Movement of Workers):

Under the heading “TRANSITION PERIOD”, the words “or, as the case may be, to the Protocol of Accession of 25 April 2005” shall be deleted.

In Annex VIII (Right of Establishment):

Under the heading “TRANSITION PERIOD”, the words “or, as the case may be, to the Protocol of Accession of 25 April 2005” shall be deleted.

In Annex IX (Financial Services):

In point 31b (European Parliament and Council Directive 97/9/EC), the words “or, as the case may be, to the Protocol of Accession of 25 April 2005” shall be deleted.

In Annex XI (Electronic Communication, Audiovisual Services and Information Society):

In point 5cm (European Parliament and Council Directive 2002/22/EC), the words "or, as the case may be, to the Protocol of Accession of 25 April 2005" shall be deleted.

In Annex XII (Free Movement of Capital):

Under the heading "TRANSITION PERIOD", the words "or, as the case may be, to the Protocol of Accession of 25 April 2005" shall be deleted.

In Annex XIII (Transport):

- 1) In point 15a (Council Directive 96/53/EC), the words "or, as the case may be, to the Protocol of Accession of 25 April 2005" shall be deleted;
- 2) In point 18a (European Parliament and Council Directive 1999/62/EC), the words "or, as the case may be, to the Protocol of Accession of 25 April 2005" shall be deleted;
- 3) In point 19 (Council Directive 96/26/EC), the words "or, as the case may be, to the Protocol of Accession of 25 April 2005" shall be deleted;
- 4) In point 26c (Council Regulation (EEC) No 3118/93), the words "or, as the case may be, to the Protocol of Accession of 25 April 2005" shall be deleted.

In Annex XV (State Aid):

- 1) Under the heading "SECTORAL ADAPTATIONS", the words "or, as the case may be, to the Protocol of Accession of 25 April 2005" shall be deleted;
- 2) Under the heading "TRANSITION PERIOD", the words "or, as the case may be, to the Protocol of Accession of 25 April 2005" shall be deleted.

In Annex XVII (Intellectual Property):

Under the heading "SECTORAL ADAPTATIONS", the words "or, as the case may be, to the Protocol of Accession of 25 April 2005" shall be deleted.

In Annex XVIII (Health and Safety at Work, Labour Law, and Equal Treatment for Men and Women):

In point 30 (European Parliament and Council Directive 96/71/EC), the words "or, as the case may be, to the Protocol of Accession of 25 April 2005" shall be deleted.

In Annex XX (Environment):

- 1) In point 1f (European Parliament and Council Directive 2008/1/EC), the words "or, as the case may be, to the Protocol of Accession of 25 April 2005" shall be deleted;
- 2) In point 7a (Council Directive 98/83/EC), the words "or, as the case may be, to the Protocol of Accession of 25 April 2005" shall be deleted;
- 3) In point 13 (Council Directive 91/271/EEC), the words "or, as the case may be, to the Protocol of Accession of 25 April 2005" shall be deleted;
- 4) In point 19a (European Parliament and Council Directive 2001/80/EC), the words "or, as the case may be, to the Protocol of Accession of 25 April 2005" shall be deleted;
- 5) In point 21ad (Council Directive 1999/32/EC), the words "or, as the case may be, to the Protocol of Accession of 25 April 2005" shall be deleted;
- 6) In point 32d (Council Directive 1999/31/EC), the words "or, as the case may be, to the Protocol of Accession of 25 April 2005" shall be deleted;
- 7) In point 32f (European Parliament and Council Directive 2000/76/EC), the words "or, as the case may be, to the Protocol of Accession of 25 April 2005" shall be deleted;
- 8) In point 32fa (European Parliament and Council Directive 2002/96/EC), the words "or, as the case may be, to the Protocol of Accession of 25 April 2005" shall be deleted.

A handwritten signature in black ink, consisting of stylized, cursive letters.

List referred to in Article 4 of the Agreement

The Annexes and Protocols to the EEA Agreement shall be amended as follows:

Annex I (Veterinary and Phytosanitary Matters):

- 1) In Chapter I, Part 1.1, point 4 (Council Directive 97/78/EC), the following shall be inserted before the adaptation text:

“The transitional arrangements set out in the Annexes to the Act of Accession of 9 December 2011 for Croatia (Annex V, Chapter 5, Section IV) shall apply.”

- 2) In Chapter I, Part 6.1, point 16 (Regulation (EC) No 852/2004 of the European Parliament and of the Council), the following shall be inserted after the paragraph regarding the transitional arrangements:

“The transitional arrangements set out in the Annexes to the Act of Accession of 9 December 2011 for Croatia (Annex V, Chapter 5, Section II) shall apply.”

- 3) In Chapter I, Part 6.1, point 17 (Regulation (EC) No 853/2004 of the European Parliament and of the Council), the following shall be inserted after the paragraph regarding the transitional arrangements and before the adaptation text:

“The transitional arrangements set out in the Annexes to the Act of Accession of 9 December 2011 for Croatia (Annex V, Chapter 5, Section II) shall apply.”

- 4) In Chapter I, Part 9.1, point 8 (Council Directive 1999/74/EC), the following shall be inserted after the paragraph regarding the transitional arrangements:

“The transitional arrangements set out in the Annexes to the Act of Accession of 9 December 2011 for Croatia (Annex V, Chapter 5, Section I) shall apply.”

- 5) In Chapter III, Part 1, point 10 (Council Directive 2002/53/EC), the following shall be inserted after the paragraphs regarding the transitional arrangements and before the adaptation text:

"The transitional arrangements set out in the Annexes to the Act of Accession of 9 December 2011 for Croatia (Annex V, Chapter 5, Section III) shall apply."

- 6) In Chapter III, Part 1, point 12 (Council Directive 2002/55/EC), the following shall be inserted after the paragraph regarding transitional arrangements and before the adaptation text:

"The transitional arrangements set out in the Annexes to the Act of Accession of 9 December 2011 for Croatia (Annex V, Chapter 5, Section III) shall apply."

Annex II (Technical Regulations, Standards, Testing and Certification):

- 1) In Chapter XII, point 54zr (Council Directive 2001/113/EC), the following shall be added:

"The transitional arrangements set out in the Annexes to the Act of Accession of 9 December 2011 for Croatia (Annex V, Chapter 4, Section I, Point 1) shall apply."

- 2) In Chapter XIII, point 15q (Directive 2001/83/EC of the European Parliament and of the Council), the following shall be inserted after the paragraph regarding the transitional arrangements and before the adaptation text:

"The transitional arrangements set out in the Annexes to the Act of Accession of 9 December 2011 for Croatia (Annex V, Chapter 1) shall apply."

- 3) In Chapter XV, point 12zc (Regulation (EC) No 1907/2006 of the European Parliament and of the Council), the following shall be inserted before the adaptation text:

"The transitional arrangements set out in the Annexes to the Act of Accession of 9 December 2011 for Croatia (Annex V, Chapter 10, Section VI) shall apply."

Annex V (Free Movement of Workers):

Under the heading "TRANSITION PERIOD" the following shall be inserted between the paragraphs regarding the transitional arrangements and the paragraph regarding the safeguard mechanisms:

"The transitional arrangements set out in the Annexes to the Act of Accession of 9 December 2011 for Croatia (Annex V, Chapter 2) shall apply."

Annex VIII (Right of Establishment):

Under the heading "TRANSITION PERIOD" the following shall be inserted between the paragraphs regarding the transitional arrangements and the paragraph regarding the safeguard mechanisms:

"The transitional arrangements set out in the Annexes to the Act of Accession of 9 December 2011 for Croatia (Annex V, Chapter 2) shall apply."

Annex XII (Free Movement of Capital):

The following shall be inserted after the paragraphs under the heading "TRANSITION PERIOD":

"The transitional arrangements set out in the Annexes to the Act of Accession of 9 December 2011 for Croatia (Annex V, Chapter 3) shall apply."

Annex XIII (Transport):

In point 53a (Council Regulation (EEC) No 3577/92), the following paragraphs shall be inserted before the adaptation text:

"The transitional arrangements set out in the Annexes to the Act of Accession of 9 December 2011 for Croatia (Annex V, Chapter 7, Point 1) shall apply."

With regard to the safeguard mechanisms contained in the transitional arrangements referred to in the previous paragraphs, PROTOCOL 44 ON SAFEGUARD MECHANISMS PURSUANT TO ENLARGEMENTS OF THE EUROPEAN ECONOMIC AREA shall apply."

Annex XV (State Aid):

The following shall be added under the heading "SECTORAL ADAPTATIONS":

"The arrangements regarding the existing aid schemes set out in Chapter 2 (Competition policy) of Annex IV to the Act of Accession of 9 December 2011 shall apply between the Contracting Parties."

Annex XVII (Intellectual Property):

The following shall be added under the heading "SECTORAL ADAPTATIONS":

"The specific mechanisms set out in Chapter 1 (Intellectual property law) of Annex IV to the Act of Accession of 9 December 2011 shall apply between the Contracting Parties."

Annex XVIII (Health and Safety at Work, Labour Law, and Equal Treatment for Men and Women):

In point 30 (Directive 96/71/EC of the European Parliament and of the Council), the following shall be inserted between the paragraphs regarding the transitional arrangements and the paragraph regarding the safeguard mechanisms:

"The transitional arrangements set out in the Annexes to the Act of Accession of 9 December 2011 for Croatia (Annex V, Chapter 2) shall apply."

Annex XX (Environment):

- 1) In point 7a (Council Directive 98/83/EC), the following shall be inserted after the paragraphs regarding the transitional arrangements:

"The transitional arrangements set out in the Annexes to the Act of Accession of 9 December 2011 for Croatia (Annex V, Chapter 10, Section IV, Point 2) shall apply."

- 2) In point 13 (Council Directive 91/271/EEC), the following shall be inserted after the paragraphs regarding the transitional arrangements and before the adaptation text:

"The transitional arrangements set out in the Annexes to the Act of Accession of 9 December 2011 for Croatia (Annex V, Chapter 10, Section IV, Point 1) shall apply."

- 3) In point 19a (Directive 2001/80/EC of the European Parliament and of the Council), the following shall be inserted after the paragraphs regarding transitional arrangements and before the adaptation text:

"The transitional arrangements set out in the Annexes to the Act of Accession of 9 December 2011 for Croatia (Annex V, Chapter 10, Section V, Point 2) shall apply."

- 4) In point 21ab (Council Directive 1999/13/EC), the following shall be added:

"The transitional arrangements set out in the Annexes to the Act of Accession of 9 December 2011 for Croatia (Annex V, Chapter 10, Section V, Point 1) shall apply."

- 5) In point 21a (Directive 2003/87/EC of the European Parliament and of the Council), the following shall be inserted before the adaptation text:

"The transitional arrangements set out in the Annexes to the Act of Accession of 9 December 2011 for Croatia (Annex V, Chapter 10, Section I, Point 1) shall apply."

- 6) In point 32d (Council Directive 1999/31/EC), the following shall be inserted after the paragraphs regarding the transitional arrangements:

"The transitional arrangements set out in the Annexes to the Act of Accession of 9 December 2011 for Croatia (Annex V, Chapter 10, Section III) shall apply."

FINAL ACT

1/ 64

[Handwritten signatures]

The plenipotentiaries of:

THE EUROPEAN UNION, hereinafter referred to as the "European Union",

and of:

THE KINGDOM OF BELGIUM,

THE REPUBLIC OF BULGARIA,

THE CZECH REPUBLIC,

THE KINGDOM OF DENMARK,

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY,

THE REPUBLIC OF ESTONIA,

IRELAND,

THE HELLENIC REPUBLIC,

THE KINGDOM OF SPAIN,

THE FRENCH REPUBLIC,

THE ITALIAN REPUBLIC,

THE REPUBLIC OF CYPRUS,

THE REPUBLIC OF LATVIA,

THE REPUBLIC OF LITHUANIA,

THE GRAND DUCHY OF LUXEMBOURG,

HUNGARY,

MALTA,

THE KINGDOM OF THE NETHERLANDS,

THE REPUBLIC OF AUSTRIA,

THE REPUBLIC OF POLAND,

THE PORTUGUESE REPUBLIC,

ROMANIA,

THE REPUBLIC OF SLOVENIA,

THE SLOVAK REPUBLIC,

THE REPUBLIC OF FINLAND,

THE KINGDOM OF SWEDEN,

THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND,

Contracting Parties to the Treaty establishing the EUROPEAN UNION, hereinafter referred to as the "EU Member States",

the plenipotentiaries of:

ICELAND,

THE PRINCIPALITY OF LIECHTENSTEIN,

THE KINGDOM OF NORWAY,

hereinafter referred to as the "EFTA States",

all together Contracting Parties to the Agreement on the European Economic Area done at Oporto on 2 May 1992 (hereinafter referred to as the "EEA Agreement"), together hereinafter referred to as the "Present Contracting Parties", and

the plenipotentiaries of:

THE REPUBLIC OF CROATIA,

hereinafter referred to as the "New Contracting Party",

meeting at Brussels, this [DATE] in the year [YEAR] for the signature of the Agreement on the Participation of the Republic of Croatia in the European Economic Area, have adopted the following texts:

I. Agreement on the Participation of the Republic of Croatia in the European Economic Area (hereinafter referred to as the "Agreement");

II. The texts listed below which are annexed to the Agreement:

Annex A: List referred to in Article 3 of the Agreement,

Annex B: List referred to in Article 4 of the Agreement.

The plenipotentiaries of the Present Contracting Parties and the plenipotentiaries of the New Contracting Party have adopted the Joint Declarations and Statements listed below and annexed to this Final Act:

1. Joint Declaration on an early entry into force or provisional application of the Agreement on the Participation of the Republic of Croatia in the European Economic Area;
2. Joint Declaration on the expiry date of the transitional arrangements;
3. Joint Declarations concerning the application of rules of origin after entry into force of the Agreement on the Participation of the Republic of Croatia in the European Economic Area;
4. Joint Declaration on Liechtenstein's sectoral adaptation in the field of free movement of persons;
5. Joint Statement on the priority sectors mentioned in Protocol 38b;
6. Joint Statement on the financial contributions.

The plenipotentiaries of the Present Contracting Parties and the plenipotentiaries of the New Contracting Party have taken note of the Declaration listed below and annexed to this Final Act:

General Joint Declaration of the EFTA States.

They have further agreed that, at the latest by the entry into force of the Agreement, the EEA Agreement, as amended by the Protocol adjusting the Agreement on the European Economic Area and the full texts of each of the Decisions of the EEA Joint Committee, have to be drawn up and authenticated by the representatives of the Present Contracting Parties and the New Contracting Party in the Croatian language.

They take note of the Additional Protocol to the Agreement between the Kingdom of Norway and the European Union on a Norwegian Financial Mechanism for the period 2009-2014

consequent to the participation of the Republic of Croatia in the European Economic Area, which is also annexed to this Final Act.

They also take note of the Additional Protocol to the Agreement between the European Economic Community and the Republic of Iceland consequent to the accession of the Republic of Croatia to the European Union, which is annexed to this Final Act.

They furthermore take note of the Additional Protocol to the Agreement between the European Economic Community and the Kingdom of Norway consequent to the accession of the Republic of Croatia to the European Union, which is also annexed to this Final Act.

They underline that the abovementioned protocols have been agreed upon under the assumption that participation in the European Economic Area remains unchanged.

107 64

[Handwritten signatures]

JOINT DECLARATIONS AND STATEMENTS BY THE PRESENT CONTRACTING
PARTIES AND THE NEW CONTRACTING PARTY TO THE AGREEMENT

W. G. G.

H.

BS

Per

JOINT DECLARATION ON AN EARLY ENTRY INTO FORCE OR PROVISIONAL
APPLICATION OF THE AGREEMENT ON THE PARTICIPATION OF THE REPUBLIC
OF CROATIA IN THE EUROPEAN ECONOMIC AREA

The Parties stress the importance of an early entry into force or provisional application of the Agreement on the Participation of the Republic of Croatia in the European Economic Area in order to ensure the good functioning of the European Economic Area and to allow for Croatia to benefit from its participation in the European Economic Area.

A handwritten signature in dark ink, appearing to be a stylized 'M' followed by 'LH'.Three handwritten signatures in dark ink, arranged horizontally. The first is a stylized 'F', the second is a stylized 'Y', and the third is a stylized 'R'.

JOINT DECLARATION ON THE EXPIRY DATE OF THE TRANSITIONAL ARRANGEMENTS

The Parties confirm that the transitional arrangements from the Treaty of Accession are taken over into the EEA Agreement and will expire on the same date as they would have if the enlargement of the European Union and the EEA had taken place simultaneously on 1 July 2013.

JOINT DECLARATION CONCERNING THE APPLICATION OF THE RULES OF
ORIGIN AFTER ENTRY INTO
FORCE OF THE AGREEMENT ON THE PARTICIPATION OF THE REPUBLIC OF
CROATIA
IN THE EUROPEAN ECONOMIC AREA

1. Proof of origin properly issued by an EFTA State or the New Contracting Party in the framework of a preferential agreement concluded between the EFTA States and the New Contracting Party or in the framework of unilateral national legislation of an EFTA State or a New Contracting Party shall be considered as being proof of EEA preferential origin, provided that:

(a) the proof of origin and the transport documents were issued no later than the day before the accession of the New Contracting Party to the European Union;

(b) the proof of origin is submitted to the customs authorities within the period of four months from the entry into force of the Agreement.

Where goods were declared for importation from an EFTA State or the New Contracting Party in, respectively, the New Contracting Party or an EFTA State prior to the date of accession of the New Contracting Party to the European Union, under preferential arrangements in force between an EFTA State and the New Contracting Party at that time, proof of origin issued retrospectively under those arrangements may also be accepted in the EFTA States or the New Contracting Party provided that it is submitted to the customs authorities within the period of four months from the date of entry into force of the Agreement.

2. The EFTA States, on the one hand, and the Republic of Croatia, on the other hand, are authorised to retain the authorisations with which the status of "approved exporters" has been granted in the framework of agreements concluded between the EFTA States, on the one hand, and the Republic of Croatia, on the other hand, provided that the approved exporters apply the EEA rules of origin.

These authorisations shall be replaced by the EFTA States and the Republic of Croatia, no later than one year after the date of entry into force of the Agreement, by new authorisations issued under the conditions laid down in Protocol 4 to the Agreement on the European Economic Area.

3. Requests for subsequent verification of proof of origin issued under the preferential agreements and arrangements referred to in paragraphs 1 and 2 above shall be accepted by the competent authorities of the EFTA States and the New Contracting Party for a period of three years after the issue of the proof of origin concerned and may be made by those authorities for a period of three years after acceptance of the proof of origin.

// G4



JOINT DECLARATION ON LIECHTENSTEIN'S SECTORAL ADAPTATION IN THE FIELD OF FREE MOVEMENT OF PERSONS

The Present Contracting Parties and the New Contracting Party,

- Referring to the sectoral adaptations for Liechtenstein in the field of free movement of persons under Annexes V and VIII to the EEA Agreement as introduced by Decision of the EEA Joint Committee No 191/1999 and amended by the Agreement on the Participation of the Czech Republic, the Republic of Estonia, the Republic of Cyprus, the Republic of Latvia, the Republic of Lithuania, the Republic of Hungary, the Republic of Malta, the Republic of Poland, the Republic of Slovenia and the Slovak Republic in the European Economic Area of 14 October 2003,
- Observing an ongoing high demand from nationals of EU and EFTA States to reside in Liechtenstein, surpassing the net immigration rate set out in the abovementioned sectoral adaptations,
- Considering that the participation of Croatia in the EEA results in a higher number of nationals having the right of invoking the free movement of persons as enshrined in the EEA Agreement,

Agree to duly take into account this factual situation as well as the unchanged absorption capacity of Liechtenstein when reviewing the sectoral adaptations in Annexes V and VIII to the EEA Agreement.



JOINT STATEMENT ON THE PRIORITY SECTORS MENTIONED IN PROTOCOL 38B

The Present Contracting Parties and the New Contracting Party recall that not all priority sectors as defined in Article 3 of Protocol 38b must be covered in the case of Croatia.

A handwritten signature in black ink, appearing to be a stylized 'U' followed by 'G'.Three handwritten signatures in black ink, written in a cursive style.

JOINT STATEMENT ON THE FINANCIAL CONTRIBUTIONS

The Present Contracting Parties and the New Contracting Party agree that the financial contribution arrangements agreed in the context of EEA enlargement do not constitute a precedent for the period after they expire on 30 April 2014.



OTHER DECLARATIONS BY ONE OR MORE OF THE CONTRACTING PARTIES TO
THE AGREEMENT

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'W. C. G.' or similar, located at the bottom left of the page.A handwritten signature in black ink, appearing to be 'H. B. S.' or similar, located at the bottom right of the page.

GENERAL JOINT DECLARATION OF THE EFTA STATES

The EFTA States take note of the Declarations, which are relevant for the EEA Agreement, attached to the Final Act to the Treaty between the Kingdom of Belgium, the Republic of Bulgaria, the Czech Republic, the Kingdom of Denmark, the Federal Republic of Germany, the Republic of Estonia, Ireland, the Hellenic Republic, the Kingdom of Spain, the French Republic, the Italian Republic, the Republic of Cyprus, the Republic of Latvia, the Republic of Lithuania, the Grand Duchy of Luxembourg, Hungary, Malta, the Kingdom of the Netherlands, the Republic of Austria, the Republic of Poland, the Portuguese Republic, Romania, the Republic of Slovenia, the Slovak Republic, the Republic of Finland, the Kingdom of Sweden, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland (Member States of the European Union) and the Republic of Croatia, concerning the accession of the Republic of Croatia to the European Union.

The EFTA States underline that the Declarations, which are relevant to the EEA Agreement, attached to the Final Act to the Treaty referred to in the previous paragraph, cannot be interpreted or applied in a way contrary to the obligations of the Present Contracting Parties and New Contracting Party arising from this Agreement or the EEA Agreement.

1/24